

Die Eichne

Organ des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands (S. D.)

Nr. 32

Alle für das Hauptbüro des Gewerkevereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren: Gewerkeverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 25, Breitenburgerstr. 222.

Ulm u. D., den 8. Aug. 1919

Sämtliche Geländungen sind zu richten an: M. Schumacher, Berlin N. O. 25, Breitenburgerstr. 222. Postcheckkonto 39321 beim Postamt Berlin N. O. 7.

30. Jahrgang.

Die Annahme der Reichsverfassung.

Die deutsche Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 31. Juli 1919 mit 202 gegen 75 Stimmen die neue Reichsverfassung angenommen. Gleich darauf ging über dem Weimarer Versammlungsgelände die neue großdeutsche demokratische Reichsfahne „Schwarz-rot-gold“ in die Höhe. Der feierliche Augenblick gab dem Reichsministerpräsidenten Bauer Veranlassung zu einer Ansprache in der er sagte:

Durch ihre eben beendete Abstimmung ist die Verfassung der deutschen Republik in Recht und Gütigkeit getreten. Sie ist die wahre Geburtsurkunde des Staatswesens, das von nun an Form und Träger des deutschen Volkswesens bilden soll. Eine neue Zeit beginnt; möge es auch eine bessere sein. Heute legen wir den ersten Fuß wieder auf den festen Boden nach einem fast fünfjährigen Marsch durch das Meer von Blut, Haß und Entbehrung. Wir gehören zusammen, welcher Partei und Weltanschauung wir auch angehören und zusammen müssen wir das neue Staatsleben beginnen. Nicht einmal in dieser feierlichen Stunde können wir den tiefen Riß zu verhüllen suchen, der durch unser Volk geht. Kriegs- und Friedensereignisse haben uns auseinander gebracht. Wir stehen in parteipolitischer Gegnerschaft. Es ist nicht die Pflicht und Bedürfnis heute auch einmal von dem arbeits zu sprechen. Wir sind auch Landsleute, Blutsverwandte, Deutsche. Wir stehen in einer unlosbaren Schicksalsgemeinschaft. Wir können gar nicht auseinander, selbst wenn wir wollten, selbst wenn uns der Friedensvertrag nicht wie eine unlösliche Fessel aneinander schmiedete. Heute haben Sie in voller Freiheit einen neuen unlosbaren Vertrag abgeschlossen. Das Volk hat ihn durch Sie geschlossen mit sich selbst. In freier Abwägung der Rechte und Pflichten aus den Händen des Volkes haben Sie Ihr Mandat empfangen. In seine Hände legen Sie nun das politische Geschick der Republik. Es ist mein und Ihr aller inbrünstigster Wunsch, daß es die Grundlage des neuen Aufstiegs für den Einzelnen und für die Gesamtheit sein möge. Ich glaube an Deutschland und Sie alle müssen an seine unvergängliche Stärke glauben, sonst hätten Sie es nicht unternommen können, in diesen trübsten Tagen des Zusammenbruchs ein Werk des Aufbaues durchzuführen. In diesem Augenblick steigt die Fahne der neuen Republik am Mast dieses Hauses empor. Das ist ein äußeres, manchen schmerzliches Zeichen der neuen Zeit (Sehr wahr.) Wie unter der neuen Fahne gekämpft und gearbeitet wird, welche Gesinnung das neue Werk führen wird, darauf kommt es an. Wir alle müssen unser Bestes tun, um den neuen Farben eine friedvolle Geschichte der Gerechtigkeit und Befriedigung zu erlangen. Das Bild der Reichsfarben muß mehr sein als ein Symbol, es kann mehr sein, möge es sein das Signal für die glückliche Fahrt in die wiedergeborene Welt hinein.

Der Reichsminister des Innern Dr. David äußerte sich folgendermaßen: Ein großes Werk groß nach seiner Bedeutung nach dem Maß, der Arbeit, die an ihm geleistet wurde, haben Sie zum Abschluß gebracht. Ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung gebührt dem Verfasser des Entwurfes, meinem Amtsvorgänger Herrn Dr. Preuß. Er darf den heutigen Tag als einen persönlichen Ehrentag ansehen. Als den Tag, wo die überaus sachkundige u. pflichteifrige Arbeit, die er an dieses Werk geleistet hat einer glücklichen Vollendung entgegengegangen ist. Im Namen der Reichsregierung spreche ich Ihnen den Dank aus.

Die neue Verfassung findet scharfe Kritiker auf der Rechten dieses Hauses und der äußersten Linken. Aber auch ihnen wird die neue Verfassung gerecht. Sie hindert sie nicht, ihre politische Auffassung zu vertreten, sie gibt ihnen die Möglichkeit, auf legalem Wege die Umgestaltung in ihrem Sinne zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie die erforderliche Mehrheit des Volkes für ihre Anschauungen gewinnen. Damit entfällt jede Notwendigkeit politischer Gewaltmethoden. Der Wille des Volkes ist nun das oberste Gesetz. Über den Willen des Volkes für seine politische Auffassung gewinnt, der gewinnt das Recht, das Steuer des Reiches zu führen. Die Bahn ist frei für jede gesetzmäßige friedliche Entwicklung. Das ist der Hauptwert einer echten Demokratie. In dem Maße, wie dieser Wert von unserem Volke erkannt wird, wird sich die neue Verfassung bewähren als der stärkste Hort des inneren Friedens.

Auch im Wirtschaftlichen soll die Verfassung den Weg zum Frieden bahnen. Nicht nur die politische, auch die wirtschaftliche Demokratie ist in ihr verankert. Das wirtschaftliche Organisationssystem wird den feindlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überwinden. Damit entfällt auch das Faustrecht auf wirtschaftlichem Kampfgebiet. Nirgend in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in dieser Verfassung. Wir haben das demokratische Wahlrecht und wir haben zum erstenmal die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste der Welt. Möge das neuzeitlich errichtete Haus dazu beitragen, das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit bei allen seinen Bewohnern zu stärken. Möge es überall den Willen der Zusammengehörigkeit mit dem Vaterlande stärken soweit die deutsche Junge Klingt. Die Not

des Krieges, die schwere nachfolgende Zeit, haben den Lebenswillen des deutschen Volkes nicht gebrochen. Möge dieser Wille stärker werden durch diese Not, stärker als zuvor.

Und dann erklärte der Präsident Fehrenbach: Wir stehen am Schluß des wichtigsten Wertes der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf das wir Gottes Segen hier herabwünschen. Es ist eine kaumenswerte Leistung. Anzuerkennen sind die Verdienste aller Mitarbeiter, in erster Linie des Ministers Dr. Preuß, von dem der erste Entwurf herrührt. Ich nenne dann den Verfassungsausschuß und seinen ausgezeichneten Vorsitzenden Hausmann, ich nenne aber auch die Nationalversammlung selbst. Sie hat in zweiter Lesung in gründlicher, erschöpfender Beratung sie durchgearbeitet und in dritter Lesung mit dem Willen zur Tat in kürzester Frist abgeschlossen. Das Werk ist nicht vollkommen und hat auch nicht die Zustimmung aller Mitglieder des Hauses, aber mit besonderer Genugtuung stelle ich fest, daß alle Parteien in diesem Hause, ohne Unterschied sich um die bestmögliche Gestaltung des Verfassungswerkes bemühten. Sodas trotz der Vielgestaltigkeit unseres Parteilebens, trotz der Verschiedenheit der politischen Auffassungen u. Weltanschauungen in ganz ruhigen und sachlichen Verhandlungen und ehrlichem Streben ein Werk zustande kam, das zwar die Zeichen des Kompromisses an sich trägt, aber von der überwiegenden Mehrheit des Volkes als ein Werk politischer Weisheit, sozialer Gerechtigkeit und religiöser Friedensgewilligkeit werden wird. Möge unser Volk wie in vergangenen Tagen im vereinten Vaterland unter der Sonne der Freiheit aus Sorge und Not den Weg finden zu lichten Höhen, wo die Liebe zum Nächsten die menschlichen Gegensätze regelt, wo in edelstem Wettbewerb alle Kräfte angespannt sind für Bildung, Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Das ist in der Geburtsstunde der Verfassung unser Wunsch für unser Vaterland.

Wiederaufbau.

Von L. Handl-Essen.

Schlimmer noch als unser jäher Sturz in den Abgrund der politischen Machtlosigkeit, über den von manchen Seiten so herabwendend geklagt wird, scheint mir die moralische Wertlosigkeit zu sein, die von immer weiteren Kreisen unseres Volkes Besitz ergreift — nichts als eine Folgeerscheinung des Krieges, den der Kampf ums Dasein zu einem immer rücksichtsloseren gestaltet hat. Ob es möglich ist, die Krankheit, die in ihrer Hartnäckigkeit jeder Gegenwirkung spottet, wieder zu heben? Es scheint nicht so. Kommt der eine Winkel unseres Vaterlandes unter dem Eindruck brutaler Gewalt vorübergehend zur Ruhe, so flammert der Aufruhr sicher auf der anderen Seite wieder auf, und je mehr die Regierung Gewalt anwendet, desto mehr häuft sich der Zündstoff in den Herzen der verbitterten Bevölkerung, die sich als Opfer raffiniertest Verlogenheit und himmelschreiender Ungerechtigkeit fühlt. Ein Volk von derartig krankhaftem Seelenzustand schwankt im Sturm des Weltgeschehens hilflos hin und her — kein Staatsmann, wäre es auch ein zweiter Bismarck, wird es fertigbringen, die Lage zu retten und die bestehende moralische Knogenerweichung in eine freiwillige Unterordnung des Einzelnen unter das Staatsganze zu verwandeln, auf welche letzten Endes jede Regierung eines geistig hochstehenden Volkes angewiesen ist! Mit Gewalt oder Diktatur läßt sich der eine oder andere Riß des brüchig gewordenen Damms wohl einmal verstopfen — aber auf die Dauer rettet vor dem völligen Zusammenbruch nur die moralische Wiedergeburt!

Der Glaube unseres Volkes an die Heiligkeit der Autorität, der insolge seiner allzu starken Belastung während des Krieges Schiffbruch erlitten hat, bedarf, wenn wir überhaupt wieder zu geordneten Zuständen kommen wollen, einer Auffrischung von Grund aus. Anders führt kein Weg aus dieser Wirrnis! Es gilt, den Rest des Glaubens unseres Volkes an den Staatsgehabten auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, was nicht durch das Mittel der Gewalt, sondern einzig auf der Grundlage uneingeschränkter Vertrauens geschehen kann. Sobald dem Volke die Gewissheit geworden ist, daß die mit seiner Führung beauftragte Regierung kein Bestes im Auge hat, werden wir wieder festen Boden unter die Füße bekommen. Nicht früher wird das Nationalgefühl des deutschen Volkes erwachen aus seinem Dornröschenschlaf, bis es den greifbaren Beweis in Händen hält, daß Deutschland ein gerecht regierender Staat ist, der auf schamlose Verteilung der Lebensmittel Todesstrafe setzt und die Steuerbürden denen aufbürdet, die die breitesten Schultern haben. Man bekämpft gegenwärtig immer noch, viel zu viel, die Symptome, statt der Krankheit selbst, auf dem Leib zu rücken. Freiheit wäre damit allein dem Staat noch lange nicht geholfen, er muß sich in noch höherem Maße als bisher auf die Mitarbeit von Kirche, Schule und Familie stützen können, die zusammenhelfen müssen in dem Bestreben wieder geordnete Zustände zu schaffen und dem anarchisch gewordenen Volke den Respekt vor Ordnung und Gesetz wiederzugeben. Voran die Familie, gelingt

es der nicht, eine sittliche Erneuerung des Volkes herbeizuführen, dann ist auch die deutsche Jugend, die bekanntlich während dieses Krieges, den übelsten Einflüssen ausgekehrt war, für den Autoritätsgedanken verloren.

Darum: Wiederaufbau unseres Staates auf dem Wege der Gerechtigkeit, der treuen Erfüllung des Einzelnen und des gegenseitigen Vertrauens!

Der Sozialisierungsgebanke und die deutsche Industrie.

Von Professor Adolf G. L. n. t. h. e. r., Berlin. *)

Verschieden wie der Ausgangspunkt wird das Ergebnis jeder der Sozialisierung der Industrie behandelnden Gedankenreihe sein. Verschieden vor allem, je nachdem ein enger dem Marxismus entlehnter Begriff von Sozialisierung oder aber gewissermaßen nur ein Sammelbegriff für ungleiche, oft gegensätzliche Methoden der Gemeinwirtschaft ins Auge gefaßt wird. Verschieden endlich je nachdem wir uns als Objekt der Sozialisierung die Industrie vorstellen, wie sie vor dem Kriege war, wie sie in einem ferneren künftigen Zeitpunkt sein wird oder aber, was freilich praktisch allein entscheidet, wie sie in der Gegenwart erscheint.

Wer die zu sehr hoher Entwicklung gediehene kapitalistische Entwicklung vor dem Kriege auf die Möglichkeit einer Umdeutung in sozialistischem Sinne hin prüfte, der fand besonders in dem immer stärker betonten Gegensatz zwischen Besitz und Leitung der Unternehmungen einen Weg zur Vergesellschaftung vorgeschrieben. In der Tat war der Kreis derer, die die Geschäfte der großen Unternehmungen und damit der deutschen Industrie überhaupt in letzter Instanz leiteten, kleiner und kleiner geworden. Gleichzeitig hatte sich die Unternehmung von den Besitzern, den Aktionären unabhängig gemacht, durch Ausgaben von Obligationen, die oft ein mehrfaches des Aktienkapitals erreichten, durch Verbindung mit Banken, durch Abschreibung stiller Reserven und allen Mitteln der Bilanz und Dividendenpolitik schließlich, was das Entscheidende war, durch die Unvertretbarkeit der Leitung ihrer obersten Organe, waren es nun Direktoren oder Aufsichtsratsvorsitzende. Ihnen gegenüber mußte sich der begrenzte Aktionärsstandpunkt begeben. So war das Wohl und Wehe der Unternehmungen vielfach nicht mehr unbedingt mit der privatwirtschaftlichen Basis, auf der es errichtet war, verknüpft. Es folgte den aus ihr selbst und ihrer Grundbestimmung heraus entwickelten Gesetzen; und der Schluß, daß die ungestörte Fortdauer des Produktions- und Reproduktionsprozesses auch bei teilweiser oder ausschließlicher Ueberführung der Besitztittel in Gemeinschaftsbesitz möglich sei, hatte vorzugsweise nur die eine Voraussetzung: es waren Mittel und Wege zu finden, um die Unternehmerfunktionen, wie sie sich in den Direktoren, Aufsichtsratsvorsitzenden und leitenden Beamten der Vorstände, auch bei mehr oder weniger weitgehender Vergesellschaftung aufrecht zu erhalten. Das war wenn man an den hochwertigen Bezahlungen und Freistellung dieser Kräfte innerhalb ihres Wirkungskreises festhielt und nicht bürokratisch befangen war, keine absolute Unmöglichkeit. Wo man nicht bis zu Vergesellschaftung gehen wollte, bot übrigens das schnelle Ausfließen gemischt-wirtschaftlicher Unternehmungen, an denen Staat und Privatkapital beteiligt war, hinreichend Fingerzeige für eine maßvollere, freilich mehr staatssozialistische als schließliche sozialistische Entwicklung.

Wir brauchen bei dem, was ohne den Krieg hätte kommen können, nicht zu verweilen. Ebenso wenig ist die ideale Konstruktion eines sozialistischen Zukunftsbildes, welches ein Idealbild der Industrie voraussetzte und widerspiegelt, fruchtbar, für die harte, praktische Aufgabe, die uns bevorsteht. Man kann sehr wohl eine sozialistische Ordnung der Bedarfsbefriedigung und der Gewährung von Arbeitsgelegenheit — und darauf läuft alles Wirtschaften hinaus — für theoretisch möglich und selbst notwendig halten. Entscheidend ist im Augenblick doch nur ob und wie die Industrie in ihrer derzeitigen Gestalt in Gemeinbesitz überführt oder wenigstens unter gemeinwirtschaftlicher Kontrolle gestellt werden kann; ob ferner heute ein völlig sozialistischer Neubau an Stelle eines zusammengebrochenen kapitalistischen Industriesystems möglich ist.

Da ist zuerst zu sagen: Heute hat der Sozialismus kein Erbe mehr anzutreten, wie er es so lange gewünscht hatte. Im Grunde genommen hat der Sozialismus die hochkapitalistische Entwicklung, die aus breiter Basis heraus immer früher zusammenlaufende Konzentration u. Organisation der Industrie, trotz prinzipieller Gegnerschaft, begünstigt hat sich nie für Mittelstandsbesitzer erwärmt. Auch den Kampf gegen Verkehrssteuern und Sonderbelastungen hat er oft Seite an Seite mit der Großindustrie durchgeführt. Dieser Industrie die ihm dereinst ein Opfer zu werden schien, hat der Sozialismus vielfach technischer den Weg gebahnt. Jede höchstmögliche Steigerung des kapitalistischen Gedankens schien nach dem großen Umsturz von selbst als reife Frucht dem erkenden Sozialismus anheimzufallen.

*) Vortrag auf dem 20. Verbandstag des Deutschen Gewerkevereins.

Damit ist es nichts geworden, es wird keinen lachenden Erben geben, und wer heute sozialisieren will, der muß selbst schöpferisch tätig sein und sich zu seinem eigenen Grundjah, daß es keine arbeitslosen Gewinne mehr geben soll, bekennen; muß den Glauben in sich haben, daß er die deutsche Wirtschaft besser aufbauen kann, als es dem kapitalistischen Gedanken möglich ist. Da diese Schwierigkeiten von vielen deutlich gesehen und z. B. von Kautsky in der Formel „Sozialisierung des Bankrotts“ zusammengefaßt werden, ist gewissermaßen durch eine Hintertür, der Begriff einer Sozialisierung von Unternehmungen die hierfür „reif“ geworden, sind eingeführt worden. Dieser Begriff ist üppig ins Kraut geschossen, und man wird sich vornehmlich mit ihm, der gewissermaßen den Klug der Freunde einer Volksozialisierung deckt, auseinander zu setzen haben. Als Unternehmungen der erwähnten Art gelten besonders die Bergwerke und Anlagen zur Herstellung von Energie. Man hat dann auch die Privatversicherung und die Hypothekendarlehen hierzu gerechnet; Verkehrsunternehmungen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke unterliegen in einem besonderen Maße den Forderungen einer Kommunalisierung, dieser etwas bürgerlich gefärbten Abart der Sozialisierung. Schließlich soll das Großhandels- und Einzelhandels- und schon vor Jahrzehnten ein sachkundiger, unterdessen verstorbenen Beurteiler G. G. Jagemann, für reif zur Verstaatlichung erklärte, aus Gründen der Vertrauens- und wegen seiner durch horizontale und vertikale Konzentrationen herbeigeführte Verbindung mit dem Bergbau und wegen seiner kapitalistischen, hochfinanziellen Entwicklung.

Sehen wir von den Unternehmungen ab, deren Ueberführung in Gemeinbesitz nur eine Frage der Zeit und des Widerstandes der Gemeindefinanzen ist, verzichten wir gleichzeitig auf die Prüfung völlig utopischer und nicht einmal wahrhaft sozialistischer Pläne, wie des Neuarthens Gedankens einer Sozialisierung der Presse, so bleiben vor allem bergbauliche Unternehmungen und Energieanlagen als zur Sozialisierung reif übrig. Aber diese Bezeichnung ist falsch und irreführend, solche Unternehmungen sind nicht etwa erst in kapitalistischer Regie für den Sozialismus reif geworden. Das, worauf sich die angebliche Reife in der Hauptsache bezieht, ist gar nicht die vom Kapitalismus geschaffene Betriebsanlage oder das finanzielle Fundament, beides teilen sie mit ganz anders gearteten Produktionszweigen, sondern der Monopolcharakter, der ihnen stets schon vor Inangriffnahme der privatwirtschaftlichen Ausbeute innewohnt, der es geradezu verhindern mußte, daß der Staat, der Wächter der allgemeinen Interessen, die Verfügung über die ihm allein zustehenden Bodenschätze aus der Hand gab. Also nur Wiederherstellung des natürlichen und angemessenen Zustandes, nicht Uebernahme eines zur Sozialisierung reif gewordenen Unternehmens steht hier in Frage und was heute auf diesem Gebiet erstrebt wird, konnte sich grundsätzlich auch der alte Staat als Programm vorschreiben. Es bedurfte dabei lediglich gesunder sozialer und demokratischer, aber nicht sozialistischer Grundlagen im heutigen Sinne. Der Wortführer des alten Systems, Adolf Wagner, hat von staatssozialistisch-konservativen, Gustav Schmoller vom sozialreformistisch liberalen Standpunkte aus scharfe Maßnahmen gegen die kapitalistische Ausbeute von Monopolen gefordert.

Das Schlagwort der zur Sozialisierung „reif“ gewordenen Betriebe scheint sich nicht aufrecht erhalten zu lassen. Dabei kann man die von Oppenheimer aufgeworfene theoretische Frage beiseite lassen; ob überhaupt eine Teilsozialisierung möglich sei. Die dies mit dem Hinweis auf die Entwicklung in der Landwirtschaft bestritten, lehnen noch darüber hinausgehend, vielfach den Akt einer Sozialisierung überhaupt ab, weil die sozialistische Wirtschaftsform ja von selbst eherne Gesetze folgen, kommen müsse, nicht gemacht werden könne. Indessen gilt dies doch nur gegenüber dem marxistischen Sozialismus und seiner materialistischen Geschichtsauffassung. Der hier zugrunde gelegte, auf seine praktische Eignung in der Gegenwart zu prüfende Begriff des Sozialismus, greift weiter, er schließt jedes System das sich im bewußten Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise stellt, ein, also z. B. auch eine Sozialisierung auf genossenschaftlicher Grundlage. Diese aber verjagt sich dem gegen den Marxismus mit Erfolg angewandten Argument, daß der Sozialismus nicht „gemacht“ werden könne. Vielmehr handelt es sich bei der Genossenschaft um eine eigentlich planmäßige Aktion zur Herbeiführung gemeinwirtschaftlicher Grundzüge und gerade hierin spricht sich der Gegensatz der Realpolitiker gegen die geläufigen sozialistischen Gedankenengänge aus.

Es lohnt sich, einen Augenblick bei ihm und bei den Möglichkeiten einer konsum- und produktiv-genossenschaftlichen Entwicklung zu verweilen. Gegner der Genossenschaftsbewegung, soweit diese auf ihrem fruchtbarsten Gedanken, dem des Konsumvereins, fortbau, sind bekanntlich im allgemeinen nicht die hochkapitalistischen Großbetriebe, sondern Bäcker, Fleischer, Detaillisten, die selbst in Konsumvereinen ähnliche Pläne aller Art verfolgt haben. Bei ihnen handelt es sich gewiß nicht um „zur Sozialisierung reif gewordenen Betriebe, im üblichen Sinne, denn wenn man von einigen technischen Verbesserungen ab-

fehlt, weist die Entwicklung gerade der isolierten handwerklichen Lebensmittelerzeugung und des Kleinhandels doch die geringste kapitalistische Färbung im gesamten Gewerbe auf. Wenn hier also ein genossenschaftlicher Erfolg der Sozialisierung in Frage kommen sollte, so geschieht dies in einem gewissen Gegenjahren mindestens gegen Marx. Zunächst hat es übrigens gar nicht den Anschein, als ob etwas derartiges geplant würde. Der Sozialismus hat als politische Partei schon so tief Wurzel im Nahrungsmittelgewerbe, Schankwirtschaftsbetriebe geschlagen, daß wenigstens gewisse, bei der sonstigen Sozialisierung häufig gegebene politische Motive hier nicht gleich stark wirken. Es ist vielleicht nicht einmütig abzuweisen, daß eine solche Art von Sozialisierung durch Befestigung von Minderheitsanteilen und Zwischengewinnen ungewissere Vorteile haben könnte, und doch auf scharfe Ablehnung gerade in sozialistischen Kreisen stöße.

(Schluß folgt.)

Die Ausfichten der deutschen Holzversorgung.

Der Deutsche Holzmarkt und Forstangeiger" teilt darüber folgendes mit:

Deutschlands Holzversorgung ist eine überaus schwierige geworden. Deutschlands Forsten bedecken 1913 einen Flächenraum von 14.22 Mill. Hektar, von dem 26,7 Prozent Laubholz, 73,3 Prozent Nadelholz sind. 24,6 Prozent Nadelholz sind im Krieg durch den Holzbedarf außerordentlich angegriffen, so daß eine Schonung der Bestände dringend notwendig ist. Bei einem guten Holzbestande hätte Deutschland schon eine Einfuhr von 11,5 Mill. Festmeter. Ueber die Hälfte der Einfuhr kam aus Rußland, aus Oesterreich-Ungarn über 26 Prozent. Auf ausländische Holzarten in Deutschland heute mehr denn je angewiesen. Die Preise sind im Kriege zu einer phantastischen Höhe gestiegen. Mitte März 1918 kostete Kieferholz 500-650 M., Mahagoni 500 bis 650 M., Eiche 100-350 M., amerikan. 150-200 M. Deutsche und Erle 75-120 M. in Blöcken. Schnittware war 70 Prozent höher.

Können wir auf genügende ausländische Zufuhren rechnen? Der russische Markt hat für uns erheblich gelitten. Die westrussischen und die polnischen Wälder sind im Kriege untergegangen, die Schätze der Wälder Nordrusslands nimmt über Archangelst und durch die Murmanbahn die Entente. In Schweden und Finnland drängen die Luftkämpfer Frankreichs und Englands den deutschen zurück. Englands Bedarf ist bei dem geringen britischen Waldbestand - England hat nur 70.000 acres bisaltischen Waldbestand, 1 Mill. acres Waldbestand ist nach Schätzung im Kriege in Großbritannien abgeholzt - sehr hoch. Wenn nun auch Kanada ungeheure Wälder hat - man rechnet seinen Waldbestand 109 Mill. Acres den Fuß - Süd- und Westafrika wie Indien den Holzbedarf ergänzen, so sucht England doch infolge der Frachtraumfrage, in Europa einzukaufen. Frankreich besitzt reiche koloniale Waldbestände, sie werden auf 50 Millionen Hektar geschätzt, doch muß ihre rationale Ausbeute erst eingeleitet werden, und hierzu bedarf es langzeitiger Bahnbauten. Zunächst sucht Frankreich Schweden für seine Bedarfsdeckung und Rußland heranzuziehen. Auch in Oesterreich sucht Frankreich seinen Holzbestand zu ergänzen. Schweden fehlt, durch die rege Nachfrage angeregt, seine Holzpreise bereits empor. Die Vereinigten Staaten können Holz nicht liefern. Die Holzherzeugung Nordamerikas geht erheblich zurück. Sie belief sich 1906 auf 46 Mill., 1913 auf 44 Mill., 1917 auf 36 Mill. board feet. Dabei hat sich durch die Kriegsindustrie der Holzbedarf der Union erheblich gesteigert. Die seltenen Hölzer

Indiens, Brasiliens, Britisch Ostafrikas werden von der Entente überaus rege nachgefragt. Überall wird Deutschland nur auf Reststoffe angewiesen sein, die zu hohen Preisen zu haben sein werden, wenn die Entente für nach Wunsch ausreichende bedient sind. Die Zufuhren ausländischer Holzarten haben sich während des Krieges stark erhöht. Die Preise für inländische Hölzer gehen infolge der Frachterhöhungen und der hohen Bahntarife von Woche zu Woche aufwärts. Die Preise für Auslandsholz durch unseren Valutastand schon schwer belastet, steigen automatisch mit dem Konkurrenzansturm der Ententeaufkäufer. Die Preise der letzten Läger überseeischer Hölzer wurden im März von dem Holzhandelsverbande in den Handel gegeben. Die privaten Bestände sind außerordentlich gering. So sieht die Lage des Holzmarktes wenig erfreulich aus.

Die neue Einkommensteuer in Württemberg.

Zur Deckung des großen Fehlbetrags im württembergischen Staatshaushaltplan für 1919 hat der Landtag auch eine Reihe neuer Steuern bewilligen müssen. Auch die staatlichen Säue der Einkommensteuer - zu denen aber immer noch die Zuschläge der Gemeinde kommen - sind wesentlich erhöht worden. Die Beschlüsse des Landtags vom 25. Juli 1919 darüber zeigt folgender Vergleich:

Einkommen	bisherige Steuer	Vorschlag der Regierung	Landtagsbeschluss
500-650	2,10	3,-	frei
650-800	3,15	4,50	"
800-950	4,20	6,-	"
950-1100	5,25	7,50	"
1100	7,35	11,20	10,50
1400	11,55	17,60	16,50
1700	16,80	27,20	24,-
2000	22,05	35,70	31,50
2300	27,30	50,40	42,-
2600	32,55	61,80	54,-
3000	40,20	81,60	66,-
3200	46,15	100,70	84,90
3500	52,10	128,-	102,40
4000	64,65	162,-	137,70
4600	77,20	221,70	192,00
5000	85,65	268,80	243,20
5500	94,10	329,20	289,90
6000	102,55	389,60	336,-
6500	111,00	447,-	377,-
7000	119,45	504,50	451,50
7500	127,90	562,10	476,70
8000	136,35	619,70	538,40
8500	144,80	677,30	618,20
9000	153,25	734,90	698,-
9500	161,70	792,50	777,50
10.000	170,15	850,10	857,00
12.000	212,55	1146,80	1058,40
15.000	273,90	1508,70	1508,70
18.000	335,25	1898,10	2003,55
20.000	381,60	2200,80	2358,-
25.000	477,00	2807,10	3106,80
30.000	572,40	3603,-	4080,-
40.000	718,80	5248,-	5904,-
50.000	865,20	7140,-	7980,-
100.000	1730,40	14280,-	15960,-
200.000	3460,80	28560,-	31920,-
300.000	5191,20	42840,-	47880,-
400.000	6921,60	57120,-	63840,-
500.000	8652,00	71400,-	79800,-
1.000.000	17304,00	142800,-	159600,-

Die Steuer erhöht sich um weitere 5 Prozent der Einheitsätze, wenn der Steuerpflichtige ledig ist.

Die Erhöhung beträgt für ledige Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 5000-10.000 M. 10 Prozent, von 10.000-20.000 M. 15 Prozent und von 20.000 und mehr 20 Prozent.

Die Erhöhung tritt nicht ein, wenn der Steuerpflichtige unterhaltungsbedürftigen Angehörigen Unterhaltungen gewährt. Die mehr als ein Sechstel seines Einkommens betragen.

Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen bis zu 5000 Mark sind in einer niedrigen Stufe hier nach dem Steuertarif zu veranlagten und zwar Steuerpflichtige, die

1. verheiratet sind und einen gemeinsamen Haushalt führen, in der nächst niedrigeren Stufe;
2. verheiratet sind und einen gemeinsamen Haushalt führen oder verwitwet sind, und die nicht selbständig einzuschätzende Kinder unter 16 Jahren unterhalten, für jedes solche Kind je um eine Stufe niedriger;

Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen von 5000-10.000 Mark, wenn sie verheiratet sind und einen gemeinsamen Haushalt führen oder verwitwet sind, wenn sie 1 nicht selbständig einzuschätzende Kinder unter 16 Jahren haben, um eine Stufe und für je 2 weitere solche Kinder um eine weitere Stufe niedriger zu veranlagten.

Der württembergische Steuertarif ist natürlich mit obigen Einkommensteuertarifen nicht zu verwechseln, denn dieser hat etwa 96 Steuerstufen. Der Vergleich soll nur zeigen, wie die Einkommensteuer wirkt nach den Beschlüssen des württembergischen Landtags.

Rundschau.

Tarifverhandlungen.

Nachdem die Reichstagsverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband gescheitert sind, hat in Essen am 1. August mit dem Rheinisch-Westfälisch. Tischlerinnungsverband, dem Bauhand, und dem Verein der Möbelfabrikanten, sowie dem Gewerbeverein, dem Deutschen und christlichen Holzarbeiterverband eine Sitzung stattgefunden, die sich um die Schaffung eines Bezirksarbeitsvertrages beschäftigte. Nach langen Beratungen ist man sich dahingehend einig geworden einen Tarif für das Rheinisch-Westfälische- und Lippegebiet zu schaffen. Am 11. August sollen die Verhandlungen beginnen und so befristet werden, daß am 13. August die weiteren Verhandlungen mit Hinzuziehung der Städtevertreter fortgesetzt werden können. Öffentlich wird es gelingen für diesen Bezirk durch diese Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis zu kommen.

Aus der Rechtsprechung.

Die rechtliche Bedeutung der Revolution für laufende Verträge.

Eine Frage von allgemeinstem Interesse für die Kreise der Industrie und des Handels ist es ob vor dem 9. November 1918 geschlossene Verträge nach dem Umsturz aller Verhältnisse durch die Revolution noch zu den alten Bedingungen erfüllt werden müssen. Das Hanseatische Oberlandesgericht hat dies in einem Rechtsstreit unter dem 24. März 1919 (es handelte sich um einen Werklieferungsvertrag) verneint und daher folgende Begründung seines Standpunktes gegeben.

Die Sachlage hat sich durch die Revolution wesentlich geändert. Vor allem durch die Veränderung der Arbeitsverhältnisse und durch die Verschlebung des Einflusses, den die Arbeiter auf den gewerblichen Betrieb erlangt haben. Die eingeführten Tarifverträge bringen die wesentliche Neuerung, daß gelehrte Arbeiter nicht viel mehr erhalten als ungelernete; die Abschaffung der Akkordarbeit vernichtet den Trieb, durch Fleiß mehr zu verdienen, auf Fähigkeiten und Leistungen wird in der Lohnfrage nicht mehr die bisher Rücksicht genommen; der ungelernete und nicht eifrige Arbeiter erhält genau denselben

Lohn, wie der Intelligente und Fleißige. Dabei ist der Unternehmer in der Wahl und Anstellung seiner Arbeiter nicht mehr frei, sondern es wird ein weitgehender Zwang ausgeübt. Eine energische Förderung der Arbeit ist somit den Unternehmern verweigert, dazu kommt, daß die Arbeiterräte sich in das Bestimmungsrecht über die Betriebsleitung eingemischt haben; die Arbeiter haben das Recht, mitten aus der Arbeit fortzulaufen, um den Arbeitgeber wegen vermeintlicher Beschwerden anzurufen. Dazu kommt ferner die Unterfügung der Ueberstundenarbeit. So läßt sich eine selbstbewußte Betriebsleitung überhaupt nicht mehr durchführen. (Allgemeines Bf. 1. 248/18).

Aus den Ortsvereinen.

Mugsburg. Die Mitgliederversammlung am 26. Juli war gut besucht. Kollege Seeger erstattete einen ausführlichen Bericht über die Beschlüsse der Generalversammlung, worauf auf Antrag der Vorstandschaft einstimmig beschlossen wurde, am 1. September die Beiträge für Lokalklasse III also von 1 Mt. an die Gewerkevereins-Hauptkasse zu bezahlen.

Nürnberg. Am Sonntag, den 10. August, nachmittags punkt 1/2 Uhr beginnend, findet im Restaurant Theodor Köhner (Alte Schilt) zu Nürnberg eine Bezirksversammlung für sämtliche fränkischen Ortsvereine statt. Kollege Landtagsabg. Schmitzler wird sprechen über das Thema: „Die Verhältnisse unter 20. Verhandlungsstages“, sowie „Stimmungsbilder vom 10. freien Gewerkschaftskongress“, dann muß die Wahl eines neuen Beamten erfolgen. Sämtliche Ortsvereine sollten vertreten sein, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Die Gewerkevereinskollegen sind als Gäste willkommen.

Küth l. Bayern. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte die am 26. Juli stattgefundene Versammlung besser besucht sein sollen. Den Bericht über die Generalversammlung in Mugsburg erstattete Kollege Treu. Derselbe schilderte in eingehender Weise die gegenwärtigen Verhältnisse, welche eine Erhöhung der Unterhaltungsätze notwendig machten und hob insbesondere die Neuorganisation der Krankenunterstützung im Gewerbeverein hervor. Die Erhöhung aller Ausgaben machte natürlich eine Erhöhung auch der Beiträge notwendig. In der Aussprache, in welcher die Kollegen Kraft und Kuppert den Bericht ergänzten, brachte die Versammlung einstimmig zum Ausdruck, daß sie die Arbeit und Beschlüsse der Generalversammlung als zeitgemäß anerkennt und für die Durchführung sorgen will. Dann berichtete Kollege Treu noch über die Bewegung im Holzgewerbe und über das Scheitern des Reichstages. Für die nächste Versammlung wird ein regerer Besuch erwartet. E. Treu, Schriftführer.

Düsseldorf. Hier fanden am Montag den 28. Juli örtliche Verhandlungen statt. Es wurde von Seiten der Arbeitgeber, die zum größten Teil dem Arbeitgeberverband angehören, folgendes Jugendbündnis gemacht. Eine Vollerhöhung von 30 Pf. pro Stunde, eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde und für dieses Jahr noch eine Feriendauer von drei Tagen. Jedoch ist das Ergebnis nicht als endgültig zu betrachten, besonders in der Arbeitszeitfrage, und werden noch weitere Verhandlungen geführt werden müssen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Die Zuschuß-Frankenunterstützungskasse des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands

ist eine besondere Kasse, die von großem Wert für alle Mitglieder ist und zwar wird gezahlt bei einem

Wochenbeitrag	Krankengeld pro Tag	Wochenbeitrag	Stichtag	Eintrittsalter
2,-	0,50	70,20	30,00	60 Jahre
2,50	0,80	93,50	35,00	50 "
4,-	1,25	146,25	55,00	45 "
5,50	1,70	198,90	75,00	45 "
7,-	2,15	251,55	95,00	45 "

Kollegen! Kolleginnen!
Es liegt in Eurer eigenen Interesse, auch dieser besonderen Zuschuß-Frankenunterstützungskasse beizutreten. Meldet Euch bei dem Kassierer, dem Bezirksleiter oder dem Hauptvorstand: Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 222.

Ulm a. D. Hauptversammlung des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands am 1. September 1919. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vereins seit der letzten Versammlung. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ortsvereine. 3. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkevereine. 4. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 5. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 6. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 7. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 8. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 9. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 10. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 11. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 12. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 13. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 14. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 15. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 16. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 17. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 18. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 19. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 20. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 21. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 22. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 23. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 24. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 25. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 26. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 27. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 28. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 29. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 30. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 31. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 32. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 33. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 34. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 35. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 36. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 37. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 38. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 39. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 40. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 41. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 42. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 43. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 44. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 45. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 46. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 47. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 48. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 49. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 50. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 51. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 52. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 53. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 54. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 55. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 56. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 57. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 58. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 59. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 60. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 61. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 62. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 63. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 64. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 65. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 66. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 67. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 68. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 69. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 70. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 71. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 72. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 73. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 74. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 75. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 76. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 77. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 78. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 79. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 80. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 81. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 82. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 83. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 84. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 85. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 86. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 87. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 88. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 89. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 90. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 91. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 92. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 93. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 94. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 95. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 96. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 97. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 98. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 99. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 100. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 101. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 102. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 103. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 104. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 105. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 106. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 107. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 108. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 109. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 110. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 111. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 112. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 113. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 114. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 115. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 116. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 117. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 118. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 119. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 120. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 121. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 122. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 123. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 124. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 125. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 126. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 127. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 128. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 129. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 130. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 131. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 132. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 133. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 134. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 135. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 136. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 137. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 138. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 139. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 140. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 141. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 142. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 143. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 144. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 145. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 146. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 147. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 148. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 149. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 150. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 151. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 152. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 153. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 154. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 155. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 156. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 157. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 158. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 159. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 160. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 161. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 162. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 163. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 164. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 165. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 166. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 167. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 168. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 169. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 170. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 171. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 172. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 173. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 174. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 175. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 176. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 177. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 178. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 179. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 180. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 181. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 182. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 183. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 184. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 185. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 186. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 187. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 188. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 189. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 190. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 191. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 192. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 193. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 194. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 195. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 196. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 197. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 198. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 199. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 200. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 201. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 202. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 203. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 204. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 205. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 206. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 207. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 208. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 209. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 210. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 211. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 212. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 213. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 214. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 215. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 216. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 217. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 218. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 219. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 220. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 221. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 222. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 223. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 224. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 225. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 226. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 227. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 228. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 229. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 230. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 231. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 232. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 233. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 234. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 235. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 236. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 237. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 238. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 239. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 240. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 241. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 242. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 243. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 244. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 245. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 246. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 247. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 248. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 249. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 250. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 251. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 252. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 253. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 254. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 255. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 256. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 257. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 258. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 259. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 260. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 261. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 262. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 263. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 264. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 265. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 266. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 267. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 268. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 269. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 270. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 271. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 272. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 273. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 274. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 275. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 276. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 277. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 278. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 279. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 280. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 281. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 282. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 283. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 284. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 285. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 286. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 287. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 288. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 289. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 290. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 291. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 292. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 293. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 294. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 295. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 296. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 297. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 298. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 299. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 300. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 301. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 302. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 303. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 304. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 305. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 306. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 307. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 308. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 309. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 310. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 311. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 312. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 313. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 314. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 315. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 316. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 317. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 318. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 319. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 320. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 321. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 322. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 323. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 324. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 325. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 326. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 327. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 328. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 329. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 330. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 331. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 332. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 333. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 334. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 335. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 336. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 337. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 338. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 339. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 340. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 341. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 342. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 343. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 344. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 345. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 346. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 347. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 348. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 349. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 350. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 351. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 352. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 353. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften. 354. Bericht über die